

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der CDU-Fraktion  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zum Zwischenbericht der Enquetekommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des Demografischen Wandels (Drucksache 6/####)

### **Brandenburgs ländliche Regionen nachhaltig gestalten – Jetzt handeln und Erkenntnisse der Enquete-Kommission umsetzen**

#### **Der Landtag stellt fest:**

Der Brandenburgische Landtag hat die Enquetekommission 6/1 mit dem Auftrag eingesetzt, Vorschläge zu erarbeiten, um den demografischen Herausforderungen der ländlichen Regionen unseres Landes zu begegnen. Inzwischen liegen erste Ergebnisse in einem Zwischenbericht vor, aus denen erkennbar wird, dass es gute Argumente für eine differenzierte Sicht auf die ländlichen Regionen und daraus abgeleitete Anstrengungen gibt. Dieser Befund wurde durch eine Bürgerbefragung erhärtet, die ebenfalls Handlungsbedarf kenntlich gemacht hat. Der ländliche Raum braucht keine Alimentierung, sondern Gestaltungsfreiheit und mehr Möglichkeiten für Partizipation. Die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger kann dabei helfen, Strukturen der Daseinsvorsorge und das gesellschaftliche Leben zu erhalten und fortzuentwickeln. Unser Ziel besteht darin, die vielfältigen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und naturräumlichen Ressourcen zu nutzen, um die Möglichkeiten der dort lebenden Menschen zu stärken, selbstverantwortlich und mit eigenem Entscheidungsspielraum ausgestattet zu handeln.

Der Landtag bekennt sich dazu, sich nicht aus den ländlichen Regionen zurückzuziehen und die Grundversorgung der Einwohnerinnen und Einwohner sowie eine selbstbestimmte und chancengerechte Lebensführung zu sichern. Dabei geht es vor allem darum, wie das Land Brandenburg weiter an den Rahmenbedingungen für die Sicherung einer wirkungsvollen Daseinsvorsorge und die Gestaltung der ländlichen Räume arbeiten kann. Lebenswerte ländliche Räume sind ein Schlüssel für die nachhaltige Entwicklung des gesamten Landes. Der Landtag will die Zeit der aktuellen Legislaturperiode nutzen, um schon jetzt das Mögliche auf den Weg zu bringen.

#### **Der Landtag möge beschließen:**

Die Landesregierung wird beauftragt, die Umsetzung von Empfehlungen des Zwischenberichts schon in dieser Legislaturperiode zu prüfen. Der Landtag bittet die Landesregierung, das Mögliche bereits abzarbeiten und darüber bis zum Ende des 4. Quartals 2018 Bericht zu geben. Die Themen finanzielle Ausstattung der grundfunktionalen Schwerpunkte, Breitbandausbau, Verstärkung der Landesmittel für den ÖPNV sowie Ortsteilbudgets und Unterstützung des „Parlaments der Dörfer“ sollen dabei vorrangig behandelt werden.